

**Karriere und Kritik einer Metapher.
Zur Einleitung**

g
i
n
n
e
r
e
i
n
l
e
i
t
u
n
g

Emphase des Zusammen

Ließe sich die politische und mediale Rhetorik der Bundesrepublik des vergangenen Jahrzehnts auf eine ›Zaubervokabel‹ zuspitzen, so wäre es wohl die des »gesellschaftlichen Zusammenhalts«. Seit dem Jahr 2014 ist deren inflationäre Verwendung zu verzeichnen, kommt ihr vermehrt eine normative und appellative Funktion in der politischen Kommunikation zu (Dubet 2013, S. 144; Deitelhoff/Groh-Samberg et al. 2020, S. 13).

War im 19. Jahrhundert der Bewegungsbegriff des Fortschritts allgegenwärtig, prägt derzeit mit dem »Zusammenhalt« eine dazu konträr angelegte, jedoch ähnlich schillernde Wendung mit noch unklarer Geltungsdauer den gesellschaftlichen Diskurs. Der Fortschrittsbegriff war untrennbar verbunden mit der Herausbildung der modernen Gesellschaft und einer Prognose ihrer Bewegungsgesetze, bündelte das Versprechen ökonomischen Wohlstands, technologischer Entwicklung und politischer Emanzipation. Gegenwärtig steht er hin und wieder noch für die technologische Bewältigung der ökologischen Krise ein. Die Wendung »Zusammenhalt« evoziert in ihrer Bildlichkeit im Gegensatz dazu eher Bewahren als Modernisieren, eher Nostalgie als Utopie, eher Immobilisierung als Bewegung. Damit ist sie jedoch nicht nur als sprachliches Gegengewicht zeitlicher, sondern auch räumlicher Dynamik zu verstehen. Sie steht den alltagsweltlichen und wissenschaftlichen Begriffen eines emphatischen wie kritischen Globalisierungsdiskurses entgegen, für den Verkettungen und Ungleichzeitigkeiten globaler ökonomischer, politischer und kultureller Dynamiken und die Überschreitung von Grenzen und Zugehörigkeiten prägend waren. Zusammenhalt wird relevanter, je stärker und komplexer die Auswirkungen globaler Krisen auf das Gemeinwesen werden und je sichtbarer verschiedene Bereiche der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft von Desintegration geprägt sind. Die Rede vom »Zusammenhalt« ruft immer auch die Vorstellung seines Außen auf.

Dem Zusammenhalt liegt die Vorstellung einer sozialen Entität zugrunde, die jedoch vom ›Gesellschaftlichen‹ schon allein durch dessen Voranstellung als Adjektiv unterschieden ist. Subjekt und Objekt des Zusammenhaltens sind in der Substantivform verborgen. Die einzelnen können ihn als Teil des sozialen Gewebes entweder aktiv hervorbringen oder passiv zusammengehalten werden. Sowohl horizontale Bindungen zwischen einzelnen Individuen als auch vertikale zu den ihnen übergeordneten politischen Institutionen können in dieser Wendung zum Ausdruck kommen. Der sozial-philosophisch langlebigen Metapher des »sozialen Bandes« ganz ähnlich, bleiben in der rhetorischen Figur des Zusammenhalts Medium, Sphären und Qualität der Bindung unbestimmt (Bedorf/Herrmann 2016, S. 11; vgl. Bröckling 2016). Legt man Maßstäbe und Grundsätze der Begriffsgeschichte an, wie sie Reinhart Koselleck etwa in seiner Einleitung zu den *Geschichtlichen Grundbegriffen. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* und in weiteren geschichtstheoretischen Schriften dargelegt hat oder wie es in dessen Nachfolge die Herausgeber*innen von *Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen* methodisch ausformuliert haben, wäre »Zusammenhalt« recht eigentlich (noch) kein Begriff (vgl. Koselleck 1972, 1979 sowie Müller/Picht et al. 2021a, 2021b). Anders nämlich als die entsprechende akademische Terminologie der »Kohäsion« weist er bislang weder eine gesellschaftswissenschaftliche Genealogie auf noch wurde er durch hinreichende Definitionen bestimmt. Vielmehr handelt es sich bei »Zusammenhalt« bis auf Weiteres um eine Metapher.

Das belässt Spielraum. Und so wird auch gegenwärtig das Bedürfnis nach mehr Verbundenheit und Gemeinschaft auf verschiedene Begriffe gebracht. Der Kulturbetrieb fragt nach Formen des Zusammenlebens, nach einem »new spatial contract«, der dieses ermöglichen könnte (Sarkis 2021), in »Laboren des Zusammenlebens« werden angesichts »kultureller Zerwürfnisse« und »ungewiss gewordener Ansichten unserer Gegenwart Überzeugungen erprobt und geprüft« (Kulturstiftung des Bundes 2021), in globaler Perspektive werden »Konvivialistische Manifeste« für eine postneoliberale Welt verfasst (Les Convivialists 2014 sowie 2020), ein »Ethos der Kohabitation« (Hark 2021) propagiert und neue Communities und Commons ausgerufen. Die anhaltende Rede vom »Zusammenhalt« geht offenkundig einher mit einer brüchig gewordenen Erfahrung gesellschaftlicher Beziehungen und der ihr gemäßen sprachlichen Bewusstseinsformen. Sie deckt jedoch

vorerst weniger gesellschaftliche Praxisbereiche ab – ausgespart blieb bislang etwa die Sphäre der sozialen Reproduktion –, als dies global zirkulierende Begriffe wie »Kohabitation« oder »Konvivialismus« für sich beanspruchen können. Dadurch weist sich »Zusammenhalt« vor allem als eine Formel national begrenzter Selbstverständigung der bürgerlichen Gesellschaft aus (Lessenich 2022, S. 31). Während einerseits neues sozialontologisches Vokabular zur Bewältigung der Gegenwart in Stellung gebracht oder altes neu gefüllt wird, empfinden andererseits viele die gegenwärtige Sprachpraxis mit ihren unterschiedlichen begrifflichen Angeboten für die Verständigung über soziale Belange als identitär und trennend, machen also Sprache selbst zu einer Praxis von »Zusammenhalt« oder – um die beiden gängigen Gegenmetaphern zu benennen – von »Spaltung« und »Polarisierung«.

Annäherung an eine Metapher

An den »Zusammenhalt« wird entlang so unterschiedlicher politischer Konfliktlinien wie des Zuschnitts des Bundeshaushalts oder der Höhe von Sozialausgaben, Waffenlieferungen in Kriegsregionen oder der Einführung von Grenzkontrollen appelliert. Wohlgermerkt von unterschiedlichen Konfliktparteien, was die in der Bildlichkeit angelegte Frage hervorkehrt, wer hier eigentlich mit wem zusammenhalten soll. Welche Vorstellungen des Sozialen und sozialer Gestaltungskraft liegen dieser scheinbar unmittelbaren Verbundenheit zugrunde? Die Metapher des »Zusammenhaltes« kann an die Unmittelbarkeit der Alltagssprache durch ihre Suggestionskraft anknüpfen, und einprägsam ist sie, das zeigen die vielfältigen Verwendungskontexte der vergangenen Jahre, auch. Trotz – oder gerade wegen – ihrer inhaltlichen Unbestimmtheit prägt sie in Form einer im engeren Sinne politischen Rhetorik jedoch mit zunehmender Selbstverständlichkeit auch das institutionelle Vokabular in Gestalt der Förderprogramme von Ministerien, Landesbanken oder Universitäten, in der Benennung von Ressorts oder Professuren, wahlweise auch in alltagsfernerer, aber wissenschaftsnäherer Terminologie als »Kohäsion«. Nicht zuletzt durch öffentliche Förderlogiken angetrieben, erfährt sie allenthalben Übersetzung in gesellschaftliche Praxis und strukturiert eine Vielzahl gesellschaftspolitisch relevanter Themenfelder, von der Stadtplanung über die politische Bildung hin zu Debatten über Mindestlohn und Grundsicherung.

Die Halbwertszeit und Überzeugungskraft des »Zusammenhalts« sind noch unbestimmt. Es ist nicht ausgemacht, ob hier ein längerfristiger semantischer Umbau im Gange ist oder sich die Rhetorik bald abnutzen wird. Für unsere Publikation dient ihre rasante Verbreitung als Ausgangspunkt, genauer zu erfassen, wie mit der Bezugnahme auf die Zusammenhalts-Metaphorik bestimmte Verfahrens-Begriffe konflikthaft werden, wie vormals fach- oder milieuspezifischen Begriffen nun zentrale Bedeutung für das Begreifen sozialen Wandels zukommt, wie manche von ihnen ideologisch verengt werden, anderen transformatives oder gar utopisches Potenzial beigemessen wird. Begriffe können in diesem Sinne also zu Schlüsselbegriffen werden, wenn sich mit ihnen der Anspruch verbinden lässt, gesellschaftliche Verhältnisse zu erhellen, deren Legitimation und die mit ihnen einhergehenden Erfahrungen offenzulegen (Moran 2021, S. 1 f.). Denn Sprache ist in gesellschaftliche Verhältnisse verwoben und wie diese wandelbar, sie erschöpft sich nicht allein in ihrer intersubjektiven oder normativen Dimension. Durch sie erst lässt sich, folgt man den sprachkritischen Überlegungen der älteren Kritischen Theorie, die subjektive Erfahrung gesellschaftlicher Verhältnisse objektiv vermitteln (vgl. Adorno 2003 [1966], S. 29). Begreift man Sprache als Erkenntnismedium, ist sie mit der Frage nach den richtigen gesellschaftlichen Verhältnissen aufs Engste verbunden. In ihr kommt zum Ausdruck »was und wie viel im Rahmen der sozialen Welt sichtbar, artikulierbar und lebbar ist« (Hogh, 13 f.). Dabei kann Sprache eine ideologische, beherrschende, aber auch welterschließende, eine begrenzende (Theodor W. Adorno sprach von einem »Kerker«) oder befreiende Funktion übernehmen oder normative Orientierung bieten (zu diesen Dimensionen zusammenfassend Hogh 2016, S. 11–15).

Diese Mehrdeutigkeiten und Ungleichzeitigkeiten sind in besonderem Maße für eine Metapher wie den »Zusammenhalt« zu verzeichnen. Dass Metaphern eine Leitfunktion für Denken, Sprechen und Handeln vor allem als »sprachliche Reaktion auf Verdinglichung gesellschaftlicher Praxis« zukommt, hat ebenfalls Adorno ausgeführt, aber auch Hans Blumenberg thematisiert (Tränkle 2019, S. 105). In diesem *Kritischen Vokabular* wollen wir auch in diesen Traditionslinien die gegenwärtige Metaphorik des »Zusammenhalts« mit einer Auswahl von 45 Schlüsselbegriffen erschließen und ausgehend von gesellschaftlichen Praktiken nachzeichnen, welche Vorstellungen einer bindungsstarken, krisenfesten Gesellschaft sich in diese einspeisen (vgl. Konersmann 2011, S. 12). Dabei werden auch die mit ihrem Gebrauch verbundenen Verwerfungen, Ausschlüsse und begrifflichen Verengungen zur Sprache kommen. Die begriffsgeschichtliche Reflexion ermöglicht nicht allein, die Begriffe in ihrer sich historisch wandelnden Bedeutung zu erfassen, sondern auch, sie über den engeren Kontext und die Begrenzung der gegenwärtigen politischen Rhetorik hinaus zu öffnen und an ihren transformativen Gehalt zu erinnern.

Zu dem ihm vorangestellten Adjektiv »gesellschaftlich« steht der »Zusammenhalt« in einem eigenartigen Spannungsverhältnis. Die Wortverbindung lässt vermuten, dass »im Begriff der Gesellschaft nicht alles enthalten ist, was das Soziale ist [...]« (Schneidereit 2010, S. 39) oder, anders ausgedrückt, dass sich menschliche Sozialformen nicht in Vorstellungen und Strukturen von Gesellschaft erschöpfen. Gleichzeitig legt die begriffliche Absetzung nahe, dass Gesellschaft als abstraktes Mehr ihrer individuellen Mitglieder, als »Kristallisation« der ihnen gegenüberstehenden Strukturen nicht ausreichend kohäsiv sei. Neben die abstrakte Kennzeichnung überindividueller Strukturen (und Infrastrukturen) tritt die Substantivform des Verbs »zusammenhalten«, das die Individuen als Sprechende oder Handelnde in direkten Bezug zueinander setzt. Begriffe im semantischen Umfeld des »Zusammenhalts« wie »Solidarität«, »Gemeinsinn« und »Gemeinwohl« sowie die bereits genannten Konzepte »Zusammenleben«, »Konvivialität« und »Kohabitation« geben einen weiteren Hinweis darauf, dass die Wendung auf eine stärkere Unmittelbarkeit in der sozialen Lebenswelt zielt, als es die Bezeichnung »gesellschaftlich« allein zustande brächte. Zusammenhalt unterscheidet sich in seiner normativen semantischen Aufladung auch von dem in den Sozialwissenschaften geläufigeren, wenn auch ebenfalls unterbestimmten Begriff »Kohäsion« bzw. dem englischen »Cohesion«, der sich weniger auf die soziale Einheit als auf das soziale Bindemittel bezieht (Schiefer/van der Noll 2017).

»Zusammenhalt« nimmt somit einen beweglichen, hybriden Platz zwischen zwei prototypischen Grundbegriffen des Sozialen ein: dem der »Gesellschaft« und dem der »Gemeinschaft«. Zwischen diesen beiden Gegenbegriffen hatte Ferdinand Tönnies Ende des 19. Jahrhunderts das weite Feld sozialer Wirklichkeit in der bürgerlichen Moderne aufgespannt. Bis dahin waren beide Begriffe weitestgehend synonym gebraucht worden, wenn auch die in ihnen ausgedrückte Dichotomie historische Vorläufer seit der Antike hatte (für eine philosophiegeschichtliche Rekonstruktion vgl. Bedorf/Herrmann 2016, S. 14–36). Der Gesellschaftsbegriff wird seither sozialphilosophisch und gesellschaftstheoretisch reflektiert und normativ gefüllt (viel Aufmerksamkeit erfuhren jüngst Schauer 2023 und Reckwitz 2017). Die Vorstellung eines »Zusammenhalts« fügt einer abstrakten Vergesellschaftung durch Mechanismen der bürgerlichen, marktförmigen Gesellschaft etwas hinzu. »Zusammenhalt« wird jedoch nicht synonym mit dem Begriff der »Gemeinschaft« gebraucht. Er zielt neuerlich auf das »Rätsel der Gesellschaft«, dem sich die akademische Disziplin der Soziologie seit Mitte des 19. Jahrhunderts widmet: Was schafft Verbundenheit zwischen Individuen, die qua Gesellschaftsformation in Tausch- und arbeitsteiligen Beziehungen zueinander in Bezug gesetzt sind? Davon abgeleitet tauchen dann Fragen wie diese auf: Sind soziale Bindung und die Erfahrung dieser Bindung messbar, und mithilfe welcher Kategorien erfolgen solche Messungen? Welche integrativen Prinzipien durchziehen die heterogen strukturierten Lebensbereiche moderner Gesellschaften (vgl. Wagner 2000, S. 146)? Und weiter: Wie ließe sich Verbundenheit in der spätkapitalistischen Gegenwart verstehen, in der die ökonomische Sphäre immer stärker von sozial integrativen Praktiken, soziale Prozesse hingegen von ökonomischen Logiken gekennzeichnet sind (vgl. Bröckling/Krasmann et al. 2004 und 2024)?

In der politischen Rhetorik vom »Zusammenhalt« spiegeln sich vor allem hegemoniale politische Ansprüche eines gesamtgesellschaftlichen Interessenausgleichs. Es werden »normative Hegemonieansprüche postuliert, von denen offen ist, inwieweit sie tatsächlich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Milieus geteilt werden – wenn sie schon kaum dazu »gehört« werden«. So lautete bereits im Jahr 2020 eine Problematisierung der Begriffsverwendung. Dieser Befund stützt sich auf eine Analyse bundesrepublikanischer Leitmedien hinsichtlich der mit dem Appell zum Zusammenhalt verbundenen Themenfelder seit dem Jahr 2014 (Quent/Salheiser et al. 2020). Für die Benennung sozio-ökonomischer Widersprüche oder einer Erfahrung von Entrechtung, für Kämpfe

gegen soziale Ungleichheit und für politische Repräsentation kann »Zusammenhalt« gerade keine politische Leitvorstellung oder Forderung sein, so lautet eine andere Kritik (Lessenich 2022, S. 32 f.). Ganz im Gegenteil, der Appell an den »Zusammenhalt« kommt in diesem Zusammenhang einer Befriedungsstrategie gleich. Dennoch setzen sich auch soziale oder oppositionelle Bewegungen – und sei es über projektbezogene Förderlogiken – zu dieser Rhetorik ins Verhältnis, bilden normative »Gegengemeinschaften« (Loick 2024) oder zeigen die Leerstellen und exkludierenden Effekte der Semantik des »Zusammenhalts« auf (Alexopoulou/Salheiser et al. 2024). Die Gefahr, dass ein »progressiver Neoliberalismus« Forderungen sozialer Bewegungen für sich vereinnahmt, hat u. a. Nancy Fraser vielfach beschrieben und kritisiert (Fraser 2019). Doch Zusammenschlüsse, die neue »Beziehungsweisen« (Adamczak 2017) erproben oder für sich reklamieren, müssen nicht zwangsläufig innerhalb politisch vorgegebener Rahmen und Entitäten verweilen, sie können auch das Potenzial gesellschaftlicher Veränderung bergen.

Angesichts der Konjunktur des »Zusammenhalts« fällt in zeithistorischer Perspektive auch der Bruch mit der bisherigen politischen Semantik der Bundesrepublik auf. Seit den späten 1960er Jahren zeichneten sich soziologische und historische Selbstbeschreibungen durch Nüchternheit und Funktionalität des Vokabulars aus. Das historische Narrativ der Bundesrepublik von 1968 bis 1990 war das der »Gesellschaftsgeschichte« und somit gewissermaßen eine historiographische Spiegelung der Modernisierungstheorie (Bahners/Camann 2009). Die Begriffe »Integration« und »Verfassungspatriotismus« mögen exemplarisch dafür stehen, trotz des neuen, mitunter gewaltförmigen Nationalismus nach der Vereinigung, die nunmehr erweiterte bundesrepublikanische Gesellschaft vor allem strukturfunktional und juristisch-neutral begreifen und vereinen zu wollen. Der Integrationsbegriff ruft die Vorstellung auf, dass Institutionen eine entscheidende Rolle für die Sozialisation, die Einübung sozialer Rollen und die soziale Kontrolle ihrer Mitglieder sowie für die Herstellung sozialer und kultureller Ordnung spielen (Joppke 2007, S. 13; Vertovec 2020, S. 251–266). Der Begriff »Verfassungspatriotismus« verpflichtet die Mitglieder der nationalen Gemeinschaft auf einen abstrakten, juristischen Gesetzestext, der Neutralität vorgibt und Schlichtungspotenzial bietet (vgl. zum ideengeschichtlichen Kontext des Verfassungspatriotismus Müller 2010; im Zusammenhang mit Pluralismus Thym 2020, S. 174–193). Beide Begriffe mögen ähnlich wie »Zusammenhalt« einen »gemeinschaftlichen« Überschuss mitführen, gehen ihnen doch jeweils mehrheitsgesellschaftliche, also partikuläre Setzungen voraus. Sie verfahren aber deutlich weniger affektiv und appellativ als »Zusammenhalt«.

Noch die Einwanderungspolitik der rot-grünen Regierungskoalition in den frühen 2000er Jahren stand begrifflich unter dem funktional orientierten Paradigma der »Integration«, obwohl sie in den politischen Kräfteverhältnissen nach 9/11 ihre Migrationspolitik bereits zwischen einem ökonomisch begründeten Integrationspostulat und den lauter werdenden rechts-konservativen Forderungen nach einer »Leitkultur« zu vermitteln hatte. Während beispielsweise in der australischen, ökonomisch motivierten Zuzugspolitik politische Maximen des staatlichen Multikulturalismus und der Kohäsion schon früh gleichermaßen wirksam wurden (Lewis/Pond et al. 2019), erfolgte die Transformation des bundesrepublikanischen Vokabulars erst später. Es war im sogenannten »langen Sommer der Migration« des Jahres 2015, als Hunderttausende von Menschen das Mittelmeer und verschiedene EU-Außengrenzen überquerten, damit das europäische Grenzregime zum Kollabieren brachten und Österreich und Deutschland zu einer temporären Grenzöffnung zwangen, als der »Zusammenhalt« seine stärkste Anrufung erfuhr.

Die semantische Umstellung war nicht etwa erfolgt, als sich seit 2003 unter dem Titel *Agenda 2010* ein sozialpolitischer Paradigmenwechsel vollzog. Die Einführung von Hartz IV hatte durch Kürzungs- und Sanktionierungsmaßnahmen eine zunehmende Prekarisierung von Menschen in Grundsicherung und durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors eine verstärkte »Armut in Arbeit« zufolge (Groh-Samberg/Voges 2013, S. 68). Die gegenwärtig wieder viel beschworenen Abstiegsängste speisen sich auch aus dieser sozialpolitischen Zäsur. Auch auf dem eigentlichen Terrain der Kohäsionspolitik, der Europäischen Union, wurde im supranationalen Kontext der Austeritätspolitik ab dem Jahr 2008 kein »Zusammenhalt« beschworen, zumindest nicht für die betroffenen Gemeinwesen, die durch Sparmaßnahmen enorm belastet und in der Folge ökonomischen, politischen und sozialen Krisen ausgesetzt waren.

Politische Anrufungen. Zusammenhalt als Projektion der Mitte

Der Koalitionsvertrag der von 2018 bis 2022 amtierenden großen Regierungskoalition hatte den Appell für einen »neuen Zusammenhalt für unser Land« als politische Leitvorstellung festgeschrieben. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich an die Rhetorik des »Zusammenhalts« bereits unterschiedliche semantische Felder angelagert (Quent/Salheiser et al. 2020, S. 73–87). Im Jahr 2015 bezog sich die Rede vom »Zusammenhalt« primär auf die »Willkommenskultur« und damit auf ein zivilgesellschaftliches Management der sogenannten »Migrationskrise« im nationalen Rahmen. Der vielbeschworene Zusammenhalt relativierte sich jedoch, sobald man einen anderen als den nationalen Maßstab anlegte. Der »lange Sommer der Migration« führte zu Zerwürfnissen im supra-nationalen europäischen Zusammenhang und einer verschärften und ausgelagerten Abschottungspolitik nach außen. Dabei könnte eine Analyse von Migrationsprozessen und den damit verbundenen ökonomischen, logistischen und kommunikativen Praktiken vielmehr Gelegenheit bieten, soziale Verbindungen in ihrer Transnationalität zu begreifen und zu gestalten. Das Thema der Einwanderung und, damit eng verbunden, das der gesellschaftlichen Pluralität hatten einem Verständnis des Zusammenhalts als gesellschaftlicher Verfahrensform »demokratischer Kultur« kurzzeitig den Rang abgelaufen (Quent/Salheiser et al. 2020, S. 75). Der Zusammenhang von Kohäsion und Demokratie wurde nach der Zäsur von 2015 nunmehr *ex negativo* – in der Feststellung zunehmender »Demokratiefeindlichkeit« und einer zunehmenden »Polarisierung der Gesellschaft« – reformuliert. Die »zusammenzuhaltenden« gesellschaftlichen Einheiten wurden mit Andauern des Diskurses immer kleiner, was sich aus der seit 2016 häufig thematisierten »Fragmentierung« schließen lässt, die sich vor allem auf den

Verlust gemeinsamer normativer Orientierung und kultureller Sinnbezüge bezieht (ebd., S. 75 f.). Im Jahr des Bundestagswahlkampfes 2017 – und wiederkehrend vor allem in der sozialdemokratischen Rhetorik in den Jahren 2021 und 2025 – wurde die Rede vom »Zusammenhalt« genutzt, um ökonomische und soziale Themen enger miteinander zu verkoppeln (ebd., S. 76). Signifikant zugenommen hat zudem die Verknüpfung von »Zusammenhalt« mit »zivilgesellschaftlichem Engagement« und »gesellschaftlichem Dialog«, eine appellative Hinwendung zu den Bürger*innen als Subjekten gesellschaftlicher Veränderung und gemeinschaftsbildender Praxis (ebd.).

Die Themenfelder von Digitalisierung sowie Gesundheit und Pflege, die in der ausgewerteten Tagespresse in den Jahren 2014 bis 2019 nur marginal mit Bezug auf »Zusammenhalt« auftauchten, wurden kurz darauf im Zuge des Andauerns der Covid-19-Pandemie zu zentralen Themen menschlicher Sozialität. Schließlich wurde – das politische Spektrum übergreifend – auch eine zunehmende Diversifizierung und Politisierung von Sprache als Symptom schwindenden Zusammenhalts gedeutet. Für Teile der parlamentarischen Linken offenbarte sich darin eine kritikwürdige Transformation eines sozialen Verständnisses von Ungleichheit durch partikuläre »Identitätskategorien« (Wagenknecht 2021 sowie Thierse 2021).

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der *Schlüsselbegriffe* zeigt sich im Kontext eines hastig geführten Wahlkampfes aufgrund vorgezogener Neuwahlen im Februar 2025 das weite rhetorische Feld des »Zusammenhalts« als politische Einigungsformel noch einmal in seiner ganzen Breite. Die Parolenhaftigkeit des Wahlkampfes führte die Ränder, Grenzen und mitunter auch die Gewaltförmigkeit des angerufenen Zusammenhalts deutlich vor Augen, die wir mit den Schlüsselbegriffen von Beginn an auszuleuchten beabsichtigten. Der Schlüsselcharakter der ausgewählten Begriffe – die Beiträge waren bis auf wenige Nachzügler bereits vor dem Misstrauensvotum von Olaf Scholz komplett abgeschlossen – bestätigte sich in vielen Fällen. Es steht zu erwarten, dass in den anstehenden Koalitionsverhandlungen und Regierungsbeschlüssen vor allem die repressive, exkludierende Seite des Zusammenhalts hervorgekehrt wird, dass dessen Grenzen im Zweifelsfall noch enger gefasst werden. Das CDU-Wahlprogramm lässt eine Koppelung von »Zusammenhalt« mit »Leitkultur« und »Ehrenamt« erwarten. Sein Außen wird auch ganz materiell durch verstärkte Grenzkontrollen gesichert. Zivilgesellschaftliche und demokratiepolitische Arbeit und deren

staatliche Förderung drohen zunehmend unter Druck zu geraten. Die aktuelle Einsparungspolitik des Landes Berlin bietet hierauf einen besorgniserregenden Vorgeschmack. Inwieweit dagegen die im Bundestagswahlkampf formulierten sozialdemokratischen Zukunftsvisionen, in denen Vielfalt, Integration und soziale Gerechtigkeit bzw. Chancengleichheit den Zusammenhalt stärken sollen, als Korrektiv wirken können, ist fraglich.

Diese allerjüngsten, hier nur ganz cursorisch vermerkten Entwicklungen stellen die Konstellation der gewählten Schlüsselbegriffe nicht infrage. Sie unterstreichen vielmehr die Notwendigkeit, das transformative Potenzial, das diese Begriffe und Praktiken mit Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse auch beinhalten können, hervorzukehren und an ihm festzuhalten.

Während die Zusammenstellung von Schlüsselbegriffen oftmals in der Absicht wissenschaftlicher, disziplinärer Kanonisierung erfolgt, haben wir in dieser Publikation 45 Begriffe zu einem *Kritischen Vokabular* zusammengetragen, denen wir Erschließungskraft für Vorstellungen, rhetorische Anrufungen und Praktiken des gesellschaftlichen Zusammenhalts beimessen. Wichtige Inspirationsquelle ist der Ansatz von Raymond Williams, Schlüsselbegriffe, im Englischen »keywords«, als eine Methode zu begreifen. Der britische Kulturwissenschaftler hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg dem weiten Bedeutungsfeld von *Culture and Society* gewidmet (Williams 1958). »Culture« galt ihm dabei als eine Art selbstverständliches und vertrautes »ur-keyword« (Moran 2021, S. 5). An einem Cluster von damit verbundenen Begriffen wollte Williams im Nachgang seiner kulturtheoretischen Abhandlung nachvollziehen, wie Schlüsselbegriffe neue Möglichkeiten sozialen Handelns und sozialer Organisation eröffnen und diese dem Wandel sozialer Erfahrung zum Ausdruck verhelfen können (vgl. Moran 2021, S. 6). Sie sind für Williams demnach »aktive« Begriffe, sie stehen in Verwendungskontexten und können selbst ein Faktor sozialen Wandels werden. Seine *Keywords. A Vocabulary of Culture and Society* haben in den vergangenen Jahren Aktualisierungen, etwa als *New Keywords* oder in einzelnen Begriffsgeschichten, und damit erneute Aufmerksamkeit erfahren. »Zusammenhalt« ist im Gegensatz zum »ur-keyword« »Culture« zwar Ausdruck einer noch jungen Verschiebung der politischen Rhetorik, sie rahmt jedoch in ganz ähnlicher Weise soziale Praktiken und Beziehungen. Die *Schlüsselbegriffe gesellschaftlichen Zusammenhalts* sollen als *Kritisches Vokabular* dessen rasante Verbreitung und Übersetzung in verschiedene gesellschaftliche Praktiken, institutionelle Kontexte und gelebte Alltagserfahrungen nicht nur erhellen, sondern zugleich hinterfragen.

Die »Schlüsselbegriffe« erscheinen in einer Konjunktur von Glossaren und Wörterbüchern, die von beschleunigter Begriffsbildung und ihrer Reflexion, von der raschen De- und Restabilisierung von Wissen und Vokabular zeugen. Den Konflikten um Begriffe, den von ihnen ausgelösten Effekten und Affekten widmen sich beispielsweise die »Reizwörter« des Blogs *Geschichte der Gegenwart* (online seit 2016) und das Inventar *Umkämpfte Begriffe der Migration* (Bartels/Löhr et al. 2023). Wir beleuchten anhand unseres kritischen Vokabulars die »Aktivität«, die Verwendung und die Effekte einer einzelnen Metapher, die jedoch in viele gesellschaftliche Bereiche hineinwirkt und diese strukturiert. Seit einiger Zeit wandert sie vermehrt auch in empirische, quantitative wie qualitative Forschung ein und damit auch in das kategoriale System, mit dem gesellschaftliche Prozesse professionell analysiert und Forschungsergebnisse versprachlicht werden. Eine gegenläufige Begriffswanderung vom soziologischen ins öffentliche Sprechen beabsichtigt Armin Nassehi in seinem Buch *Gesellschaftliche Grundbegriffe. Ein Glossar öffentlicher Rede* (2023) nachzuzeichnen. Das dort konstatierte Eigenleben von Begriffen will er mit dem Ziel offenlegen, »Begriffe wieder als Begriffe und nicht nur als Wörter zu gebrauchen« (Nassehi 2023, S.11). Diese Absicht gelte sowohl für die öffentliche Rhetorik als auch für die soziologische Terminologie, die zu jener zu wenig Distanz halte (ebd., S. 17).

»Zusammenhalt«, der derzeit zwischen Alltagssprache, politischer Rhetorik und wissenschaftlicher Terminologie zirkuliert, befindet sich derzeit noch im Prozess einer »Sedimentierung« zum Begriff. Hiervon zeugt auch die Begriffsarbeit, die im seit 2019 tätigen Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) erfolgt und die insbesondere zwischen neutralen »Konzepten« und normativen »Konzeptionen« von Zusammenhalt unterscheidet. Der Forschung wird als analytische Kategorie ein recht breites Konzept zugrunde gelegt, das einer engen Definition entgegensteht: Im Kern geht es um ein Gemeinwesen, das sich durch positive Einstellungen seiner Bürger*innen zueinander und zu ihrem sozialen und institutionellen Gesamtkontext auszeichnet, die eine bestimmte, günstigstenfalls sogar messbare Qualität aufweisen müssten (Deitelhoff/Groh-Samberg et al. 2020; darin insbesondere Forst 2020). Mit unserem *Kritischen Vokabular*, das im selben institutionellen Rahmen gefördert wurde, möchten wir uns nicht vorbehaltlos in eine affirmative Begriffsverwendung einreihen, sondern vielmehr einen Moment der Irritation erzeugen und im Sinne der Kritischen Theorie dazu anregen, auch die politische Alltagssprache »im Verhältnis [...] zu den geschichtlich-gesellschaftlichen Gegenständen zu reflektieren« und »[d]ie Bewegung zwischen Sprache und Sache« nicht stillzustellen, sondern in »ihrem Vollzug« darzustellen (Hogh 2019, S. 92 und 96).

Im Jahr 2024 erschien eine aktualisierte Neuauflage des zwanzig Jahre zuvor erstmals veröffentlichten *Glossars der Gegenwart*, das dem semantischen Wandel im Zeichen der Gouvernamentalität nachgeht (Bröckling/Krasmann 2024). In dieser von Michel Foucault geprägten Perspektive ließe sich auch die Anrufung des Zusammenhalts als einer Regierungstechnik darstellen, die eine bestimmte, politisch hegemoniale Perspektive auf das Soziale fördert. Der französische Soziologe François Dubet hat in ganz ähnlicher Weise vorgeschlagen, die Inflationierung des Begriffs »Kohäsion« auf europapolitischer Ebene weniger als Symptom einer stärker identitären Vergemeinschaftung zu deuten denn als Symptom eines Rückbaus von Gesellschaft, einer stärkeren Individualisierung und Liberalisierung: »Cohesion necessarily implies that societies are individualistic.« (Dubet 2013, S. 144) Politische Mechanismen zur Stärkung von Kohäsion zielten auf soziale Mobilität, individuelle Förderung (oder Anti-Diskriminierung) und soziales Kapital, um in den Individuen eine bestimmte Vorstellung von Gesellschaft aufrechtzuerhalten: das Ideal der liberalen Gleichheit (ebd., S. 143 und 148). Dubet sieht im Paradigma des Zusammenhalts zudem einen Modus, soziale Praktiken, etwa im Zuschnitt als temporär geförderte Projekte, und deren Evaluierung zu verzeitlichen und somit auch als sprachlichen Ausdruck einer gesamtgesellschaftlich ausgeweiteten Projektlogik. So betrachtet wäre der Zusammenhaltsappell auch eine zeitlich verzögerte semantische Reaktion auf das in den späten 1970er Jahren beginnende »Age of Fracture« (Rodgers 2011). In seinem Verlauf haben die Ideen machtförmiger sozialer Strukturen und eines allumfassenden marktförmig organisierten gesellschaftlichen Systems, das die sozialen Bewegungen der 1960er Jahre auf den Plan gerufen hatte, in der kulturellen Logik des Spätkapitalismus an Erklärungspotenzial eingebüßt. Ariane Leendertz und Wiebcke Meteling beschreiben die damit einhergehende sprachliche Transformation zu »Begriffen nach dem Boom« als epistemische Wende, in der zum Ausdruck komme, dass das Versprechen ökonomischen Wohlstands an gesellschaftlicher Integrationskraft verloren habe (Leendertz/Meteling 2016). Die Semantik des »Zusammenhalts« wird auch in diesem Kontext befragt. Die von Dubet betonte Wirkmacht des »Ideals der Gleichheit« wird gegenwärtig jedoch – bei anhaltender politischer Bezugnahme auf »Zusammenhalt« – durch anwachsende gesellschaftliche Ungleichheiten, eine gesamtgesellschaftlich offener zutage tretende Abwehr von Migration und eine Zunahme von Ressentiment konterkariert.

Entschlüsseln.

Keywords als Methode

Um ihrer rhetorischen Überstrapazierung etwas entgegenzusetzen, möchten wir mit den *Schlüsselbegriffen* die Semantik des gesellschaftlichen Zusammenhalts konstellativ erschließen und hinterfragen. Die Beiträge gehen seinen Wirkungen oder Übersetzungen in unterschiedliche Praxisbereiche und Milieus anhand kleiner, konfliktuöser, querliegender oder figurativer Begriffe nach, mit denen die abstrakte Rede von »Zusammenhalt« in gesellschaftlichen Praktiken »restituiert« wird (Scherer 2019, o.S.). Sein gesamtes Wirkungsfeld lässt sich nicht erschöpfend erschließen, wohl aber seine Wanderung in verschiedene Praxisfelder nachzeichnen, in denen »Zusammenhalt« dann in unterschiedliche Leitlinien oder -begriffe und Verfahrensweisen übersetzt wird (dies gilt etwa für die Wohnungs- und Bildungspolitik oder das weite Feld zivilgesellschaftlichen Engagements). »The significance is in the selection«, so lautete das Credo von Williams, dem auch wir folgen (Williams 1976, S. 14). Für die Erstellung des Korpus war keine etwa durch digitale Texterschließungsmethoden zutage geförderte Häufigkeit von Begriffsverwendungen ausschlaggebend, sondern die Analyse bzw. Würdigung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Erschließungs- und Transformationspotenzials von Begriffen. Die Auswahl folgt also sozialen, nicht linguistischen Kriterien. Sie wurde zudem durch methodische Überlegungen geleitet, dass Begriffe den Zusammenhaltsdiskurs in unterschiedlichen Hinsichten erschließen können.

Es wurden erstens Begriffe aufgenommen, die in der politischen Rhetorik zum Kristallisationspunkt für Konflikte um Zusammenhalt werden konnten, etwa »Grundsicherung«, »citizenship« und »Kohleausstieg«. Bei »Racial Profiling« oder »Antisemitismusdefinition« handelt es sich um Begriffe, die sich vor allem zwischen verschiedenen Praxisfeldern als konflikthaft erweisen. Über die umstrittene Praxis des »Racial Profiling« erfolgt eine Annäherung an jüngere Diskussionen um die Streichung des Rassebegriffs in Art. 3 GG, dessen praktische Relevanz sich für antirassistische Aktivist*innen anders darstellt als für Jurist*innen. Für das Themenfeld des Antisemitismus, einer modernen Ideologie, deren semantische Grenzen von jeher fließend waren, geraten die Praxis des Definierens und die damit einhergehenden Kollektivkonstruktionen selbst in den Blick.

Zweitens versprechen wir uns begriffliche Aufschlüsse besonders von Begriffen, die zur hegemonialen Terminologie »querliegen«. Durch »minor keywords« kann Wörtern zu einer Genealogie verholpen werden, die gegenwärtig nur in bestimmten, teils marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen besonders bedeutsam sind. Das kollaborative, migrationswissenschaftliche Projekt *Minor Keywords of Political Theory* hat damit begonnen, eine Sammlung von Begriffen anzulegen, die zwar routiniert benutzt, jedoch unter-theoretisiert und ohne Beschreibung jener sozialen Praktiken bleiben, für die diese von größter Relevanz sind (De Genova/Tazzioli 2021, S. 3). Es geht also nicht darum, sprachliche Marginalität sichtbar zu machen, sondern darum, mit Deleuze und Guattari zu zeigen, »what a minority constructs within a major language« (zit. n. ebd.), um eine damit verbundene Verunsicherung von verbreitetem und gefestigtem Vokabular. Eine ähnliche Herangehensweise wurde auch aus einer jüdischen, diasporischen Perspektive erarbeitet (Diner 2011, S. 6–17). Der juristische Begriff der »Nebenklage« kann beispielsweise mit Blick auf den NSU- und den Halle-Prozess für eine marginalisierte, politische Perspektive auf die Rechtsprechung entstehen. Diesem Register gehören auch Schlüsselbegriffe wie »Dauerleihgabe«, »Seenotrettung« und »Privileg« an.

Drittens sind auch Schlüsselbegriffe in das Buch eingegangen, in denen sich soziale Konstellationen figurativ oder metaphorisch verdichten lassen. Metaphern verkürzen den (gesellschaftstheoretischen) Erkenntnisprozess. In ihnen »maskieren« sich verschiedene gesellschaftliche Erzählungen als »Einzelwort«, wie es der Philosoph und Metapherntheoretiker Ralf Konersmann einmal formuliert hat (Konersmann 2011, S. 17). Gleichzeitig können Metaphern jedoch einen bildlichen (utopischen) Überschuss produzieren, der oftmals von klar definierten Begriffen kassiert wird. Hier denken wir etwa an das »Schulbuch«, das »Eigenheim«, das »Einzugsgebiet«, den »eckigen Tisch« und die »soziale Mischung«. Aber auch die Funktionsweise der in den Band aufgenommenen Vorsilben »Ko-« und des ebenfalls als Vorsilbe auftretenden Adjektivs »trans« ließe sich hierunter fassen.

Es wurden viertens Begriffe in das Korpus aufgenommen, die aus sozialen Praktiken, gesellschaftlichen Allianzen und Aushandlungsprozessen hervorgehen, gelungenen oder gescheiterten Versuchen, neue Begrifflichkeiten durchzusetzen, um Gesellschaft als Ganze zu analysieren, eingeübte zur Disposition zu stellen oder tradierte neu zu fassen. Das Adjektiv »intersektional« kann als ein erfolgreiches Beispiel für eine Verbreitung vom akademischen Diskurs in die politische Alltagssprache gesehen werden. Im Kontext der jüngsten feministischen und stadtpolitischen Bewegungen wird der schon in den 1970er Jahren theoretisierte Begriff der »sozialen Reproduktion« wieder aufgegriffen.

Fünftens schließlich sehen wir praxisnahe Begriffe wie »politische Bildung«, »Labor«, »Manifest« und »Umfrage« vor, in denen der aktuelle Diskurs zum gesellschaftlichen Zusammenhalt selbst-reflexive Züge annimmt. Hier ließe sich vielleicht von »Gattungen gesellschaftlichen Zusammenhalts« sprechen.

Sich der Semantik des »Zusammenhalts« in kritischer Absicht zu nähern, bedeutet in der dargelegten doppelten Herangehensweise der *Schlüsselbegriffe* nicht nur Erschließungsarbeit, sondern, darauf aufbauend, auch die gegenwärtige gesellschaftliche Transformationskraft von Begriffen zu erproben. Diesem Anspruch möchten wir mit der Struktur der Beiträge entsprechen, die darstellende und kritisch-normative Abschnitte, also Passagen der Bestandsaufnahme und der kritischen Positionierung, enthalten. In einem ersten Abschnitt wird die gegenwärtige diskursive Virulenz eines Begriffs markiert und seine ›Schlüsselfunktion‹ für Vorstellungen gesellschaftlichen Zusammenhalt dargestellt. Daran schließt sich eine exemplarische begriffsgeschichtliche Rekonstruktion an, mit besonderem Augenmerk auf die praktischen Kontexte des Auftretens und Wirkens eines Schlüsselbegriffs. In einem dritten Abschnitt rücken gegenwärtige Praktiken in den Blick, etwa anhand einer besonders eindrücklichen Wirkungsweise, der ›Aktivität‹ eines Begriffs im Feld des Zusammenhalts. Inwieweit stellen der Begriff und die Praktiken, die ihn ausmachen bzw. die er mitprägt, einen Faktor für Zusammenhalt dar, inwieweit unterminieren sie ihn oder erlauben es, aktuell dominierende Vorstellungen von »gesellschaftlichem Zusammenhalt« zu dezentrieren? In einem abschließenden vierten Abschnitt werden kritische Sichtweisen expliziter formuliert, sei es gegenüber etablierten Diskursen und Praktiken von Zusammenhalt ebenso jedoch zu Positionen, die sich einer begriffspolitischen und gesellschaftlichen Transformation verschreiben. Diese vierteilige Struktur ist für alle Beiträge verbindlich, wurde jedoch von den Autor*innen durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Zwischenüberschriften ausgestaltet. Die Buchgestaltung greift diesen Ansatz ihrerseits auf. In den je nach Text, Abschnitt, und oft sogar nach Absatz »versetzten« Spalten entstehen immer neue und unerwartete, gewissermassen spontane Räume. Hier geraten und bleiben die Begriffe auch visuell in Bewegung.

Die Entstehung dieser Publikation ist mit Projektmitteln des Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) an der Universität Konstanz möglich geworden. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bedanken. Das Buch beteiligt sich gewissermaßen selbst an der von ihm dargestellten Zirkulation von »Zusammenhalt« zwischen politischer Rhetorik, Alltagssprache und akademischer Terminologie. Statt aber dessen Wanderungen wissenschaftlich zu unterfüttern, ist es Ziel dieses *Kritischen Vokabulars*, geläufige Begriffsverwendungen zu verunsichern. Die *Schlüsselbegriffe* verstehen wir als eine kritische Intervention.

Die Einleitung beruht auf vielen gemeinsamen Lektüre-Annäherungen an den »Zusammenhalt« mit Christopher Möllmann. Ihm verdankt der Text inhaltliche wie konzeptionelle Diskussionen und Schärfungen sowie ein umsichtiges Lektorat. Bedanken möchten wir uns bei Karyna Frankovska für ihre Unterstützung bei der Fertigstellung der Beiträge. Unser Dank geht zudem an die Universität Konstanz, aus deren Publikationsfonds die Open-Access-Version der *Schlüsselbegriffe* gefördert wurde.